

Jetzt reden die Befürworter

Pro Wind Thurgau lädt zur Info über den umstrittenen Windpark Thundorf. Kritische Voten gibt's gleichwohl.

Samuel Koch

Nur einmal sind sie sich gegenseitig ins Wort gefallen. Ansonsten verlief der Infoabend des Vereins Pro Wind Thurgau und dessen Präsidenten Stefan Mischler am Montag in Thundorf zum geplanten Windpark auf dem Wellenberg ruhig und gesittet. Ganz anders noch als vergangene Woche, als der zweite Infoabend der Gemeinde für die auswärtige Bevölkerung zeitweise ausfuerte, nachdem einzelne Gäste wutentbrannt den Saal verliessen (diese Zeitung berichtete).

Bereits die Moderation von Hüttwilens alt Gemeindepräsident Hanspeter Zehnder deutete daraufhin, dass der Abend anständig vonstattengeht. Er spiele den Schiedsrichter, was nicht bedeute, dass es auch kritische Haltungen und Fragen geben dürfe, die während der Diskussionsrunde zum Schluss der knapp dreistündigen Veranstaltung auch folgten.

Als Referenten in der Halle der Albert Lüthi AG in Thundorf waren verschiedene Fachleute eingeladen, welche über die Versorgungssicherheit, die Energiestrategie und den Weg zur Güterabwägung der Thundorfer Stimmbevölkerung referierten. Das Thundorfer Stimmvolk entscheidet voraussichtlich im Mai kommenden Jahres über den wegweisenden Rahmennutzungsplan inklusive einem kommunalem Gestaltungsplan Windenergie.

Die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) planen auf dem Wellenberg auf Gemeindegebiet von Thundorf den Bau eines Windparks mit acht 246 Meter hohen Windturbinen, die dereinst rund 18 000 Haushalte mit erneuerbarem Strom versorgen sollen. Über den aktuellen Stand informierte EKZ-Projektleiter Alfredo Scherngell, der den von Windkraftgegnern oft kritisierte Umweltverträglichkeitsbericht bis im Januar ankündigte.



Rund 160 Gäste kamen zum Infoabend von Pro Wind Thurgau.

Bild: Samuel Koch

Bevölkerung spielt Zünglein an der Waage

Den bürgernächsten Vortrag hielt der Thundorfer Stimmbürger Werner Ulrich, der über den Weg zur Güterabwägung abseits der Politik mit ihren Rahmenbedingungen und den EKZ-Windpark mit «sehr konkretem Projekt» sprach. Ulrich sagte: «Es braucht einen Kompromiss, es reicht nicht, einfach Nein zu sagen.» Aus seiner Sicht habe die Argumentation der Windparkgegner den Vergleichsmassstab verloren. Der Rahmen sei klar, sagte Ulrich und ergänzte mit erlernter Sensibilität für die Auswirkungen seines Ende der 70er-Jahre erbauten Hauses im Dorfkern Thundorfs, dass die Bevölkerung keineswegs die Katze im Sack kaufe und das

Zünglein an der Waage spiele. «Packen wir es an!», forderte er.

Regierungsrat Walter Schönholzer führte eingangs in den Abend ein und plädierte dafür, «erneuerbare Energien zuzubauen, überall und mit allen möglichen Technologien». Er sei wie der gesamte Regierungsrat dankbar, dass der Gemeinderat und die Bevölkerung Thundorfs aufgeschlossen sei, gleichwohl auch kritisch. «Unsere Generation trägt die Verantwortung. Wir haben es in der Hand, wir sind gefordert», ergänzte der Vorsteher des Departements für Inneres und Volkswirtschaft.

Die Flughöhe stieg beim Referat von EKT-CEO Martin Simioni, der über die Notwendigkeit der lokalen Windenergie referierte. Exponentiell steigender Energieverbrauch, Dekarbonisierung weg von fossilen Brennstoffen und schleppender Aus-

bau von erneuerbaren Energien zwängen dazu vorwärtszumachen. Simioni sagte: «Wir sitzen da, diskutieren und diskutieren und machen nichts.» Es bleibe keine Zeit mehr, andernfalls werde die Energiewende an die Wand gefahren.

Politische Redner mit feurigen Voten

Die Nachredner aus der Politik waren Feuer und Flamme für die deutlichen Worte Simionis. Feurig waren auch die Appelle von Mitte-Kantonsrat, Landwirt und Energie-Vorreiter Josef Gemperle (Fischingen) sowie dem Bündner alt GLP-Nationalrat Josias Gasser. Letzterer informierte über seine Anlage Calandawind in Haldenstein bei Chur und warnte vor dem Klimawandel mit Erderwärmung und ansteigendem Meeresspiegel um bis zu sechs Meter. «Wir hinken

in der Schweiz weit hinterher», sagte er mit Blick auf den Ausbau der erneuerbaren Energien.

Gemperle erinnerte daran, dass das Horrorszenario schon da sei, es sei daher Zeit zu handeln. Er sagte: Ich bin überzeugt, dass die Energieversorgung nur mit dem ganzen Mix nachhaltig ist.» Daher benötige es auch Windenergie, um die fehlende Energie im Winterhalbjahr zu erzeugen, welche etwa Photovoltaik abgeht.

Kritik für EKZ und Wirtschaftlichkeit

Für Thomas Volken, Leiter der kantonalen Abteilung Energie, ist ebenso klar, dass der Weg weg von fossiler Energie nur mit steigender Elektrifizierung einhergehe. «Effizienz alleine wird nicht reichen», ergänzte er. Der Umweltverträglichkeitsbericht werde von allen Fachstellen ge-

prüft, «ob der Windpark für Mensch und Umwelt verträglich ist». Thundorf leiste Pionierarbeit für den Kanton.

Über Vorbehalte betreffend Vogelschutz sprach Felix Liechti, ehemaliger Leiter der Vogelzugforschung der Vogelwarte Sempach. Die Beeinträchtigung auf die Vogelwelt sei unbestritten. Durch intelligente Abschaltungssysteme aber könne das Risiko minimiert werden. Liechti betonte: «Die Vogelwelt ist betroffen. Aber auch Anlagen, die wir nicht bauen, haben Einfluss auf die Natur.»

In der Diskussionsrunde folgten kritische Voten zur EKZ als Investor, zur Wirtschaftlichkeit von Windanlagen und zu den Mindestabständen. «Wir sind keine Fans der Zürcher, warum steigt das EKT erst jetzt ein?», fragte ein anwesender Stimmbürger. Simioni erklärte, dass das Projekt bereits 2014 gestartet sei und das EKT froh sei über die Chance, jetzt noch mitzumachen. Scherngell ergänzte, dass die Beteiligung weiterer lokaler Anbieter wünschenswert und geplant sei. Ein weiterer Votant stellte die Wirtschaftlichkeit der subventionierten Windkraftanlagen in Frage. «Warum braucht es dafür mehr als die Hälfte Steuergelder?», fragte er. Die «politisch resultierende Subventionitis» sei ein Produkt fehlender Mehrheitsfähigkeit. Zudem kämen Fossile zu wenig für Schäden aufgrund des CO₂-Ausstosses auf.

Ein weiterer Votant regte sich über die Mindestabstände auf, die nicht thematisiert worden seien. Fixe Grenzabstände gebe es keine, betonte Scherngell. Aber die Anlagen entstünden an Standorten mit ausreichend Abstand zum Siedlungsgebiet. Als der Votant weitere Kritik übte, fiel er Moderator Zehnder zwar ins Wort. Weil er jedoch kein Mikrofon mehr hatte, verlief das Wortgefecht im Sand.

Nächste Schritte sind bekannt

Der Stadtrat Diessenhofen und Referent Konradin Winzeler haben über die Gewässerausscheidung der Stadtgemeinde informiert.

Dieter Ritter

Bis Ende 2026 müssen Gewässerräume ausgeschieden werden. Soll will es der Regierungsrat. Das bringt auch Aufgaben für Diessenhofen. Am Montag hat der Stadtrat zu einer Orientierungsveranstaltung in der Rhyhalle eingeladen. Rund vierzig Gäste hörten Referent Konradin Winzeler vom Büro für Raumplanung Winzeler + Bühl in Schaffhausen zu. Das Ziel ist es, Massnahmen gegen Hochwasser zu ergreifen sowie die Nutzung und die natürlichen Funktionen der Gewässer zu gewährleisten. «Der Gewässerraum errechnet sich aus der mittleren Breite der Gewässersohle», erklärte Winzeler.

Da diese beim Rhein mehr als fünf Meter beträgt, gelten 30 Meter als Minimum. Das bedeutet, 15 Meter auf beiden Seiten des Flusses. Für Diessenhofen verlangt der Kanton zusätzlich fünf Meter, damit der Gewässerraum alle Anforderungen erfüllen kann, also mindestens 20 Meter. Aus Gründen des Hochwasserschutzes gilt dies auch für dicht überbaute Gebiete im Bereich Altstadt und St. Katharinental.

Das Rheinufer vom Schupfenriet bis hinab zu den Campingplätzen Läui und Ziegelhütte wird voraussichtlich im Winter 2023/24 renaturiert. Für diesen Abschnitt wurde ein separater Bericht für die Gewässerraumausscheidung verfasst. Die Gewässerraumplanung am

Geisslibach erfolgt dann in einem nächsten Schritt. Sie muss spätestens Ende 2026 abgeschlossen sein. Rechtmässig erstellte Bauten im geschützten Uferbereich dürfen bestehen bleiben. Neubauten sind nur möglich, wenn sie standortgebunden sind und im öffentlichen Interesse liegen. Landwirtschaftliche Nutzung ist weiterhin möglich, jedoch dürfen im Gewässerraum keine Düngemittel und Pflanzenschutzmittel ausgebracht werden.

Der nächste Schritt nach Ablauf der Vernehmlassung ist eine Urnenabstimmung über das angepasste Baureglement und den Zonenplan. Im Sommer 2023 soll die Gewässerraumausscheidung in Kraft treten.

Ein Paradies für Fussgänger

Am Montagabend ging es um die Themen der anstehenden Gemeindeversammlung von Berlingen.

Margrith Pfister-Kübler

«Wir haben beim Kanton Druck gemacht», sagte Gemeindepräsident Ueli Oswald an der Informationsveranstaltung von Montagabend. Er spricht von der See- und der Bergstrasse, zwei Kantonsstrassen, die nun saniert werden.

Die Veranstaltung in der Unterseehalle hat in Hinsicht auf die Budget-Gemeindeversammlung vom 29. November stattgefunden. Es stehen 19 Traktanden an, es geht um Investitionen von 1,56 Millionen Franken. Oswald sagt: «So viel haben wir noch nie investiert in den letzten Jahren.»

Gleich beim Thema der Sanierung der See- und Bergstras-

se zeigte sich, dass viele lokale Verbesserungen auf den Weg gebracht werden. Die Strassen werden zu Dreissigerzonen, gearbeitet wird an Trottoir, Fahrbahn, den Werkleitungen und Stützmauern. Oswald liess in den Erklärungen zum Geplanten keine Fragen offen.

Die wichtigste Botschaft des Abends: Berlingen wird zum Fussgängerparadies. «Für die Velos können wir nichts machen.» Die Trottoirs werden an der See- und Bergstrasse weitergezogen. Nirgends gibt es Lichtsignale, aber Verengung. «Das ist zumutbar», sagte Ueli Oswald. «Auf den See können wir ja nicht ausweichen.»

Einige Fussgängerstreifen werden vom Kanton nicht mehr

bewilligt. Auf der einen Strassenseite wird bei den Trottoirs ein Belag für Rollstuhlfahrer eingebaut. Von den Anwesenden heisst es, mitunter dankbar: «Das Konzept für die Fussgängerinnen und Fussgänger ist gut durchdacht, auch der Belag für die Rollstuhlfahrer.»

Zur Diskussion heizte die Studie zum Wärmeverbund an. Die Wirtschaftlichkeit sei ausgewiesen, so der Gemeindepräsident – wenn genügend Nutzerinnen und Nutzer mitmachen. In Zahlen wären das 80 Prozent. Das Holz aus eigenem Wald reiche für 36 Prozent des Studienperimeters. Als Standort für die Heizzentrale steht Lutz Holzbau im Fokus. Doch vertraglich ist noch nichts geregelt.